

Die Verwaltungsvorlage wird von der Verwaltung eingebracht und inhaltlich erläutert. Als Fazit ist von Seiten der Verwaltung die Variante 4 empfohlen worden. Es wird empfohlen, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass die vorhandenen Elemente des Baubetriebshofes dafür verwendet werden. Im schlechtesten Fall würden Kosten in Höhe von 3.000 Euro anfallen, um noch Elemente ankaufen zu können.

Bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion vom 01.02.2008 wird durch die Verwaltung eine kurze Einführung in den Sachverhalt gegeben.

Ausschussmitglied Herr Engelhardt erläutert im Namen der SPD-Fraktion die Intension seiner Fraktion. Er stehe zu dem Gehweg positiv und lehne die anderen Einbahnstraßenregelungen als kontraproduktiv ab.

Ausschussmitglied Herr Bausch erläutert, dass man mit den Provisorien Erfahrungen sammeln wollte. Insbesondere ging es auch um die Sicherheit der Fußgänger. Er bittet deshalb auch um eine Aussage zum Thema Sicherheit für Fußgänger.

Ausschussmitglied Herr Alscher erklärt, dass eine Maßnahme ausgeführt werden sollte, wenn die Gutachter dies empfohlen haben und der Ausschuss dies beschlossen hat. Aus diesem Grund verstehe er auch die erneute Diskussion nicht. Der Bürgersteig sei deshalb so schmal ausgefallen, weil es einen Begegnungsverkehr gebe, der fließen muss.

Ausschussmitglied Herr Russ erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie die 4. Variante für eine sehr glückliche Lösung halte und votieren entsprechend. Bei der Einbahnstraßenregelung, welche probeweise für die Mühlenstraße beschlossen wurde, halten wir es für richtig, dass für ein Jahr das auch so probeweise durchgeführt wird. Danach soll neu entschieden werden.

Durch die Verwaltung wird nochmals Bezug genommen auf die Redebeiträge von Herrn Bausch und Herrn Engelhardt und die gestellten Fragen beantwortet.

Ausschussmitglied Herr Spilles spricht die Farbgestaltung der geplanten Elemente an. Er wolle wissen, ob eine farbige Markierung sinnvoll wäre und wie die Regelung bei Ein- und Ausfahren gestaltet sei. Es sollte eine Lösung gefunden werden, die dem Fußgänger und dem Anlieger entsprechen würde. Die Merler Straße und die Neustraße waren im Verkehrsentwicklungskonzept als echte Einbahnstraße geplant.

Von Seiten der Verwaltung wird den Ausführungen von Herrn Spilles im Hinblick auf die Einbahnstraßenregelung Recht gegeben. Die Frage der Farbgestaltung wird als nicht problematisch gesehen. Bei der Frage der Einmündungen ist dies entsprechend zu berücksichtigen.

Ausschussmitglied Herr Bausch bekräftigt, dass die Aussagen der Verwaltung überzeugend dargelegt wurden. Er plädiere dafür, die Variante 1 in abgespeckter kostengünstiger Form zu realisieren.

Ausschussmitglied Herr Meny gibt eine Einschätzung zur Verkehrssituation in der Merler Straße ab. Es gibt einen Rückstau von der Hauptstraße bis in die Merler Straße hinein. Daraus ist zu schließen, dass es eine verkehrspolitisch unglückliche Regelung sei. Des weiteren sind die negativen Folgen für die Gewerbetreibenden zu sehen, welche durch den Verkehr verursacht werden. Seine Fraktion plädiere dafür, die Pilotphase einzustellen, die Einbahnstraßenregelung zu unterlassen und den Fußgängerbereich so sicher zu gestalten, dass die Passanten auf dem Bürgersteig gehen können. Bezüglich der Betonelemente empfiehlt er, Materialien zu

verwenden, die nicht so massiv sind. Dies wäre auch aus Gründen der Verkehrssicherheit zu bedenken.

Ausschussmitglied Herr Alscher will, dass die Verwaltung sich frühzeitig Gedanken macht, welche Maßnahme die geeignetste ist. Die Entscheidung sollte auf fundierten Erkenntnissen beruhen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bringt Stellv. Ausschussvorsitzender Herr Kohlhaas den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag zur Abstimmung.

„Die Verwaltung wird beauftragt, die probeweise auf der Mühlenstraße eingerichtete Einbahnstraßenregelung aufzuheben und die ursprüngliche Verkehrsregelung Zweirichtungsverkehr mit 30 km/h-Zone wieder herzustellen.“

Der Antrag wird einstimmig bei 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ausschussmitglied Herr Meny stellt den Antrag, über den vorliegenden Beschluss gesondert in einen a)-Teil und einen b)-Teil abzustimmen.

Stellv. Ausschussvorsitzender Herr Kohlhaas bringt den ursprünglichen Beschluss unter der Maßgabe, das Projekt in einen a)-Teil und eine b)-Teil zu trennen in Kombination zur Abstimmung.